



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Kommt Gebührenbefreiung für Blaulicht-Organisationen?

MdB Hagemann: Auch Innenminister fordern generelle Befreiung von GEZ-Gebühren

Worms/VG Westhofen, 14. März 2006

Die Konferenz der Innenminister wird sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz dafür einsetzen, dass Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehren, Zivil- und Katastrophenschutz künftig von der Rundfunkgebührenpflicht ausgenommen werden. Dies teilte der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch dem Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) mit und unterstützt damit dessen Forderung. Hagemann hatte sich zuvor an den Innenminister des Landes sowie des Bundes, Wolfgang Schäuble, gewandt und auf eine GEZ-Gebührenbefreiung für Einsatzgeräte von Blaulicht-Organisationen gedrängt.

Feuerwehren aus der Verbandsgemeinde Westhofen hatten den SPD-Parlamentarier darüber informiert, dass sie für Geräte, die dem Katastrophenschutz dienen und die in Einsätzen als Kommunikationsmittel verwendet werden, nun Rundfunkgebühren an die GEZ entrichten müssten. Dies sei für Hagemann nicht nachvollziehbar. „Eine Befreiung von den Rundfunkgebühren wäre zudem eine wichtige Förderung der ehrenamtlichen Arbeit, die tagtäglich von so vielen bei den Freiwilligen Feuerwehren und in den vielen Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes geleistet wird“, sagte der SPD-Politiker. Bruch teile die Einschätzung Hagemanns „uneingeschränkt“ und verwies darauf, dass es Einsatzlagen gebe, in denen auch das Autoradio das einzig verbleibende Kommunikationsmittel sein könne. Die Innenminister der Länder stimmten überein, dass eine Befreiung von der Gebührenpflicht notwendig sei. Bei der letzten Änderung des Rundfunkstaatsvertrages habe man leider eine generelle Befreiung noch nicht erreichen können. „Die Innenministerkonferenz hat daher den Beschluss gefasst, sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz für eine Gebührenbefreiung einzusetzen“, schrieb Bruch im Brief an Hagemann.

Marco Sussmann